

**„Wer nichts verändern will,  
wird auch das verlieren,  
was er bewahren möchte.“**

---

(Gustav Heinemann)

28.April 2010

Sperrfrist Ende der Redezeit  
Es gilt das gesprochene Wort

**„Wer nichts verändern will, wird auch das verlieren, was er bewahren möchte.“**

(Gustav Heinemann)

**Rede des Oberbürgermeisters Reinhard Paß anlässlich der Einbringung des Haushaltes 2010/2011**

28. April 2010

---

Sehr geehrte Mitglieder des Rates,

liebe Kolleginnen und Kollegen,

meine sehr verehrten Damen und Herren,

„Die Lage war noch nie so ernst“ – mit diesen Worten Konrad Adenauers hat mein Amtsvorgänger Wolfgang Reiniger vor einigen Jahren eine Rede bei der Kreishandwerkerschaft begonnen. Auch ich möchte diese Worte unseres Altbundeskanzlers noch einmal bemühen, denn sie sind aus meiner Sicht aktueller denn je. Und das macht sich an einem Tag wie heute, an dem wir den Entwurf der Verwaltung für den Doppelhaushalt 2010/ 2011 in den Rat der Stadt einbringen, deutlicher als an anderen Tagen.

Um es vorab ganz deutlich zu sagen: Die Lage der städtischen Finanzen ist dramatischer denn je – da gibt es nichts drum herum oder schön zu reden.

Holger Olbrich, leitender Regierungsdirektor der Bezirksregierung, hat es in der letzten Sitzung des Rates so wie ich finde eindrucksvoll dargestellt: „Die Schulden der Stadt Essen betragen derzeit rund 2 Milliarden Euro im konsumtiven Bereich und rund 1 Milliarde Euro im investiven Bereich – das bedeutet eine Belastung pro Bürger unserer Stadt von rund 5.000 Euro.“

Als der Kämmerer, Lars Martin Klieve, und ich vor rund einem halben Jahr in etwa zeitgleich unser Amt übernahmen, war die Aufstellung des Haushaltes verwaltungsintern bereits in vollem Gange. Jeder Fachbereich hatte bereits – nach traditionellem Muster – nach „oben“ hin gemeldet, welche Ausgaben er in den Jahren 2010 bis 2013 plant und welche Einnahmen dem voraussichtlich entgegenstehen. Diese Planungen, die der Kämmerer und ich im Herbst letzten Jahres vorgefunden haben, hätten ein Haushaltsdefizit von rund 410 Millionen Euro in diesem Jahr und in ähnlicher Höhe in den Folgejahren ergeben. Die Folge: Das Eigenkapital der Stadt Essen, das im Jahr 2007 bei der Einführung des Neuen Kommunalen Finanzmanagements (NKF) noch rund 2 Milliarden Euro betrug, würde im Jahr 2013 aufgebraucht sein, also bereits im mittelfristigen Finanzplanungszeitraum. Und das macht den Unterschied zu früher aus, als die Lage auch schon mal „noch nie so ernst“ war. Noch nie hatte die mittelfristige Finanzprognose eine Überschuldung der Stadt innerhalb der laufenden Legislaturperiode des Rates und des Oberbürgermeisters ausgewiesen. Noch nie wurden uns seitens der Bezirksregierung derart konkrete und harte Sanktionen auferlegt. Noch nie drohte uns die Kommunale Selbstverwaltung aus den Händen zu gleiten.

Was das bedeutet, erleben wir seit dem 22. Januar ganz konkret: Die Kommunalaufsicht ist laut Gemeindeordnung schon bei drohender Überschuldung - oder anders ausgedrückt – bei mittelfristig drohendem Eigenkapitalverzehr verpflichtet, eine Kommune anhand eines sehr strengen Leitfadens zu kontrollieren. Die Einzelheiten will ich hier nicht näher ausführen.

**„Wer nichts verändern will, wird auch das verlieren, was er bewahren möchte.“**

(Gustav Heinemann)

**Rede des Oberbürgermeisters Reinhard Paß anlässlich der Einbringung des Haushaltes 2010/2011**

28. April 2010

---

Was es bedeutet, eine so genannte „Leitfadenkommune“ zu sein, haben wir von besagtem Holger Olbrich mehr als deutlich ins Stammbuch geschrieben bekommen.

Zusammengefasst kann man sagen: Die kommunale Selbstverwaltung, wie es Artikel 28 Absatz 2 des Grundgesetzes festschreibt, besteht in diesem Fall faktisch nicht mehr.

Ich denke, die meisten von Ihnen werden dem Kämmerer und mir beipflichten, dass wir diese Entwicklung nicht akzeptieren konnten. Wir durften und wir dürfen es nicht zulassen, dass unsere Stadt dem verfassungsmäßigen Recht auf kommunale Selbstverwaltung auf Dauer beraubt wird. Und es kann nicht das Selbstverständnis des gerade gewählten neuen Rates sein, sich um die wichtigste Entscheidung gebracht zu sehen, nur weil die Hoheit über die Ressourcen nun in Düsseldorf liegt.

Denn: Da dürfen wir uns nichts vormachen: Eine Stadt wie Essen, deren Haushalt seit über 20 Jahren ein strukturelles Defizit ausweist, wird es aus eigener Kraft auf absehbare Zeit nicht schaffen können, einen Haushaltsüberschuss zu erwirtschaften, der negatives Eigenkapital wieder ausgleichen und darüber hinaus neues wieder aufbauen könnte. Also: einmal in der Überschuldung – immer in der Überschuldung.

Liebe Mitglieder des Rates – nicht nur der Kämmerer und ich – sondern wir alle müssen alles dafür tun, dass unsere Stadt nicht dauerhaft im Status einer „Leitfadenkommune“ bleibt. Denn: **„Verantwortlich ist man nicht nur für das, was man tut, sondern auch für das, was man nicht tut.“** – wie es der chinesische Philosoph Laotse formuliert hat. Wir kommen nicht darum herum, alle, ich betone alle, müssen ihre finanziell relevanten politischen Ziele vielleicht neu priorisieren!

Dennoch: Unsere Stadt Essen ist eine lebens- und liebenswerte Stadt. Ich lebe unheimlich gerne hier! Über Generationen haben die Essenerinnen und Essener die Stadt zu dem gemacht, was sie heute ist. Die Nachkriegsgeneration hat die Stadt nach dem Krieg unter größten Mühen wieder aufgebaut, weite Teile einer völlig zerstörten Industrie wiederbelebt und in der Folge einen Strukturwandel angestoßen. Essen ist heute das Zentrum einer Metropole, die den Wandel vom Industriestandort zu einer modernen, innovativen und kreativen Metropole vollzieht, ohne dabei ihr traditionelles Gesicht zu verlieren. Die Kulturhauptstadt „Essen für das Ruhrgebiet“ steht symbolisch für diesen Wandel. Wir haben in unserer Stadt eine ausgereifte Infrastruktur, wir haben gute, teilweise herausragende Bildungseinrichtungen und finanzkräftige Großunternehmen sowie eine gute mittelständische Wirtschaftsstruktur. Essen ist ein bekannter Messestandort. Unser kulturelles Angebot strahlt weit über regionale, Bundes- und Landesgrenzen hinaus und auch unsere Natur-, Freizeit- und Sportinfrastruktur ist vorzeigbar, trotz alledem. Eine Stadt, im Grundsatz wohlhabend und mit hervorragenden Rahmenbedingungen.

Liebe Essenerinnen und Essener, auf diese Errungenschaften können Sie alle gemeinsam stolz sein, denn jede und jeder von Ihnen ist Teil dieses liebenswerten Gesichtes unserer Stadt.

Meine Damen und Herren Ratsmitglieder, wir dürfen nicht tatenlos zusehen, wie wir das von den Bürgerinnen und Bürgern dieser Stadt hart erarbeitete Vermögen aufzehren, der

„Wer nichts verändern will, wird auch das verlieren, was er bewahren möchte.“

(Gustav Heinemann)

Rede des Oberbürgermeisters Reinhard Paß anlässlich der Einbringung des Haushaltes 2010/2011

28. April 2010

---

nachfolgenden Generation nichts mehr übrig lassen und unsere Gestaltungsmöglichkeiten aufgeben.

Es geht nicht allein darum, ob zukünftig die Bezirksregierung über die Geschicke unserer Stadt entscheidet – es geht auch darum, welches Erbe wir unseren nachfolgenden Generationen hinterlassen. Herr Olbrich hat es hier im Rat sehr gut auf den Punkt gebracht: **„Wir zwingen die nachfolgenden Generationen, für Entscheidungen, die wir treffen und von denen nur die heutigen Bürger profitieren, finanziell aufzukommen.“**

Meine Auffassung von Gerechtigkeit zwischen den Generationen ist das jedenfalls nicht und meine zahlreichen Gespräche mit jungen Leuten in Schulen oder Jugendeinrichtungen zeigen mir, dass die jungen Leute großen Wert darauf legen, dass wir unserer Verantwortung, insbesondere in diesem Punkt, gerecht werden.

Deshalb bin ich dem Rat dankbar für seinen Beschluss in der letzten Sitzung, auch wenn ich mir mehr Stringenz gewünscht hätte. Dort heißt es: **„Der Rat der Stadt ist entschlossen, die kommunale Selbstverwaltung und die Handlungsfähigkeit durch die gewählten Vertreter in Essen zu erhalten. Dazu ist eine dauerhafte Sicherung des Eigenkapitals der Stadt Essen unabdingbare Voraussetzung.“**

Ich bin der Auffassung, und so habe ich den Beschluss auch verstanden, dass auch Sie alles dafür tun wollen, um eine Überschuldung und alle damit verbundenen Konsequenzen zu verhindern.

Aber was heißt das? „Alles tun, um die Überschuldung zu vermeiden.“ Nun, zunächst einmal - und das sage ich ganz deutlich – müssen wir hier vor Ort unsere Hausaufgaben machen. Jede Forderung an andere Ebenen wird auf Unverständnis stoßen, wenn es noch eine - auch nur teilweise - berechtigte Vermutung geben würde, wir hätten hier vor Ort nicht wirklich konsequent zuerst einmal im eigenen Hause gespart.

Das heißt aber keinesfalls, dass wir die anderen Ebenen – hier Bund und Land - aus der Pflicht nehmen dürfen. In den vergangenen Jahren sind auf Bundes- und Landesebene immer mehr Beschlüsse gefasst worden, die zu neuen Aufgaben der Kommunen führen oder durch eine Standardanhebung dazu führen, dass eine bestehende Aufgabe die Kommunen teurer als bisher zu stehen kommt. An dieser Stelle möchte ich als ein Beispiel von vielen das Versorgungsamt nennen, dessen Aufgaben vom Land auf uns übertragen worden sind, ohne dass es dafür eine auskömmliche Kompensation gab. Das kostet uns jährlich rund 450.000 Euro zusätzlich. Weitere Stichworte sind die Kosten der Unterkunft oder das Kibiz. Es darf nicht sein, dass nur wir hier vor Ort unsere Hausaufgaben machen. Auch die Landes- und die Bundesregierung müssen dies tun und endlich für eine ausreichende Finanzausstattung der Städte und Gemeinden sorgen. Dass dies allerdings zeitnah geschehen wird, sehe ich im Augenblick nicht. Beim Besuch des Aktionsbündnisses „Raus aus den Schulden“, am vergangenen Freitag in Düsseldorf, das inzwischen auf 20 Kommunen und vier Landkreise aus dem Ruhrgebiet und dem Bergischen Städtedreieck angewachsen ist, hat die aktuelle Landesregierung, vertreten durch Finanzminister Helmut Linssen, den besonders betroffenen Kommunen zwar für 2011 eine finanzielle Zins-Hilfe in

**„Wer nichts verändern will, wird auch das verlieren, was er bewahren möchte.“**

(Gustav Heinemann)

**Rede des Oberbürgermeisters Reinhard Paß anlässlich der Einbringung des Haushaltes 2010/2011**

28. April 2010

---

dreistelliger Millionenhöhe zugesagt, aber dieser Betrag wird nur ein Tropfen auf den heißen Stein sein, wenn man sich die Probleme der Kommunen genauer ansieht.

Ich gebe allerdings die Hoffnung nicht auf, dass die Landesregierung nach dem 09. Mai – wer sie dann auch immer stellen wird - sich unserem Problem intensiver annehmen und gemeinsam mit den Städten und Gemeinden nach konstruktiven Lösungen suchen wird. Aber eines ist auch klar: Ein zurzeit in Rede stehender Entschuldungsfonds ist für mich zwar zwingend, würde aber das Problem unseres strukturellen Haushaltsdefizits im Grundsatz auch nicht lösen können. Unsere Signale sind auch in Berlin angekommen. Und es ist für uns eine gute Entscheidung, dass Sie, Herr Klieve, zum Vorsitzenden einer Arbeitsgruppe „Kommunalfinanzen“ berufen wurden, die Frau Merkel berät. Dennoch: An dieser Stelle – und da wiederhole ich mich gerne – müssen wir unabhängig von der Forderung nach einer dauerhaft wirksamen Gemeindefinanzreform zunächst einmal unsere Hausaufgaben selbst machen. Denn wirklich verlassen können wir uns nur auf unsere eigenen Entscheidungen, meine Damen und Herren.

Auch der Verwaltungsvorstand teilt diese Auffassung. Aus diesem Grunde haben wir Ende des vergangenen Jahres die Aufstellung des Haushaltsentwurfes quasi aus voller Fahrt gestoppt. Unserem Kämmerer, Lars Martin Klieve, ist die Vision zu verdanken, wie wir die „Kurve“ buchstäblich noch kriegen können, um den vollständigen Eigenkapitalverzehr noch zu verhindern. Das von Herrn Klieve entwickelte Rechenmodell zeigt sehr deutlich auf, um welche Beträge wir das Haushaltsdefizit schrittweise reduzieren müssen, damit die Überschuldung mindestens im mittelfristigen Finanzzeitraum nicht eintritt. Und das Modell zeigt uns, dass wir keine Zeit haben, wollen wir das gemeinsame Ziel erreichen.

Und weil das so ist, weil wir in einer bestimmten Zeit ein definiertes Sparpaket vorlegen müssen, läuft der Prozess der Haushaltsaufstellung deutlich anders als bislang üblich: Im Gegensatz zum bisherigen Bottom-Up-Prozess – die Fachbereiche melden ihren Bedarf nach „oben“ - gab es bei der Aufstellung des Haushaltsentwurfs erstmals einen Top-Down-Prozess – der Kämmerer und ich geben die Zahlen vor, die die Verwaltungsvorstände mit ihren Fachbereichen mit Maßnahmen füllen müssen. Und auch die Beteteiligungsunternehmen sind erstmals mit dieser Haushaltsaufstellung gleichermaßen einbezogen.

Mir ist aus eigener Erfahrung meines früheren Berufslebens klar, dieser Top-Down-Prozess ist zwingend, muss, wenn er in der uns zur Verfügung stehenden Zeit zu einem Ergebnis führen soll, autoritär sein, er verlangt Disziplin und erfordert jeweils gleiche Kriterien in den Vorgaben an die Bereiche. Diese Vorgaben – das gebe ich zu – bedienen nicht immer den Anspruch nach der gefühlten Gerechtigkeit. Aber, meine Damen und Herren, es geht nicht anders.

Der nun vorliegende Entwurf zeigt eine Möglichkeit auf, wie wir die „Kurve“ aus eigener Kraft noch schaffen können. Ich muss aber betonen: Der Entwurf birgt auch Risiken. Denn neben den dauerhaft wirkenden strukturellen Einsparungen enthält der Entwurf auch Einsparvorschläge, die zeitlich geschobene Maßnahmen betreffen und damit nicht nachhaltig sind. Und er enthält auch eine Reihe von Einmaleffekten, die uns in der aktuellen

**„Wer nichts verändern will, wird auch das verlieren, was er bewahren möchte.“**

(Gustav Heinemann)

**Rede des Oberbürgermeisters Reinhard Paß anlässlich der Einbringung des Haushaltes 2010/2011**

28. April 2010

---

Haushaltsaufstellung helfen, in den Folgejahren aber nicht erneut zur Verfügung stehen. Und das größte, nicht gesichert kalkulierbare Risiko ist die zukünftige Entwicklung der Zinsen.

Aber eines will ich betonen: Obwohl es massive Sparzwänge gibt, bleibt der radikale Kahlschlag aus – vielen Unkenrufen zum Trotz. Natürlich sieht der Vorschlag an Sie im Detail schmerzliche, auch für mich nur schwer erträgliche Einsparungen vor. Aber: Wir werden auch zukünftig vieles in unserer Stadt vorhalten, von dem andere Kommunen nur träumen können. Ich erinnere nur an unsere zahlreichen kulturellen Einrichtungen, die zwar auch von den Essenerinnen und Essenern genutzt und geschätzt werden, nicht zuletzt aber auch von vielen, vielen Auswärtigen besucht werden, wie das Museum Folkwang, die Philharmonie, das Grillo- oder das Aalto-Theater. Und im Grundsatz bleibt das auch so, trotz der auch dort notwendigen Konsolidierungsbeiträge.

Sie werden gestatten, dass ich mich durch einige Inhalte des gerade vorgelegten Gutachtens der Märkischen Revision zur TuP bestätigt fühle. Ich habe schon vor rund drei Jahren angeregt, über eine Ballettkooperation mit Dortmund nachzudenken, als unser damaliger Ballettchef in den Ruhestand ging, und entsprechende Überlegungen beim Sprechtheater aufzunehmen, als Herr Weber entschieden hatte, nach Bochum zu wechseln. Der jeweilige Personalwechsel hätte Veränderungen erleichtert. Leider ist diese Gelegenheit damals nicht aufgegriffen worden und jetzt liegen derartige Anregungen wieder auf dem Tisch.

Aber das ist der berühmte „Schnee von gestern“; ich bin froh, dass ich hier heute stehe und Ihnen überhaupt einen Haushaltsentwurf vorlegen kann, der die Perspektive beinhaltet, den endgültigen Eigenkapitalverzehr im mittelfristigen Finanzzeitraum doch noch abzuwenden.

Lieber Herr Kollege Klieve, an dieser Stelle möchte ich mich ganz persönlich bei Ihnen für die vertrauensvolle und konstruktive Zusammenarbeit bedanken. Sie haben für die schwierige Aufgabe die nötige Kreativität, eine gehörige Portion Mut, viel Ausdauer und auch Spaß mitgebracht. Unterschiedliche Parteibücher stehen uns nicht im Weg. Auch das ist eine schöne Erfahrung. Danken möchte ich auch Ihren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern und allen anderen an diesem Prozess beteiligten Kolleginnen und Kollegen, die die Aufstellung des Haushaltes unter Hochdruck, zum Teil bei Urlaubssperre und in mancher Überstunde bewältigt haben. Dieses Engagement ist für mich keineswegs selbstverständlich. Und deshalb möchte ich Ihnen ein herzliches Dankeschön zurufen. Ich bin sicher, dass sich der Rat diesem Dank anschließen wird.

Der Entwurf, der Ihnen nun als unser Vorschlag vorliegt, beinhaltet neben einer Reihe von Einzelsparvorschlägen auch Vorschläge zur Einnahmeverbesserung, die zum Teil bereits durch die Presse öffentlich gemacht worden sind. Ich verweise auf die folgenden Ausführungen des Kollegen Klieve, möchte aber betonen, dass zuerst die möglichen Einsparungen zusammengetragen wurden, bevor an Einnahmeverbesserungen gedacht wurde. Gewerbe- und Grundsteueranpassung und auch die Idee der Übernachtungssteuer kamen ausnahmslos am Ende des Prozesses in Rede und dienen zur Deckung der verbleibenden Lücke. Zuerst galt uns der Blick nach innen!

Zum Blick nach innen gehört auch der Blick auf das Leistungsangebot der Stadt und damit auf die Personalkosten der Stadt.

„Wer nichts verändern will, wird auch das verlieren, was er bewahren möchte.“

(Gustav Heinemann)

Rede des Oberbürgermeisters Reinhard Paß anlässlich der Einbringung des Haushaltes 2010/2011

28. April 2010

---

Das durchgreifende und umfängliche Haushaltssicherungskonzept wird uns wie nie zuvor zwingen, auch Einsparungen im Personaletat durchzusetzen. Von daher habe ich in Abstimmung mit dem Stadtdirektor und dem Stadtkämmerer entschieden, dass jede 2. frei werdende Stelle nicht neu besetzt wird. Wir reden hier über ca. 500 Stellen, verteilt über alle Geschäftsbereiche. Ausgenommen sind der Bereich der Erzieherinnen und Erzieher, des Allgemeinen Sozialen Dienstes und die Feuerwehr. Diese Entscheidung gilt zunächst bis Ende 2014. Danach werden wir neu bewerten und gegebenenfalls auch neu entscheiden.

Diese Vorgabe bedeutet aber auch, dass wir die Fluktuation von Mitarbeitern abgleichen müssen mit einem konsequenten Aufgabenkritikverfahren, bei dem schließlich auch Aufgaben entfallen werden. Dabei sind auch die städtischen Beteiligungsunternehmen einzubeziehen. Es ist naheliegend, dass ausscheidende Mitarbeiter Lücken hinterlassen und ersetzt werden müssen. An anderen Stellen werden Aufgaben entfallen, die Mitarbeiter werden allerdings nicht gleichzeitig ausscheiden. Sicher ist: Keiner wird seinen Arbeitsplatz betriebsbedingt verlieren. Denn: **Betriebsbedingte Kündigungen wird es mit mir auch zukünftig nicht geben.** Jedoch erwarte ich im Gegenzug von allen Konzernbeschäftigten dann auch ein hohes Maß an allgemeiner Flexibilität und Bereitschaft, sich nach dem eventuellen Wegfall ihrer bisherigen Aufgabe auch Neuem zuzuwenden. Diese Straffung der Verwaltung ist nötig und deshalb ist auch klar, dass ich dem Begehren nach neuen Verwaltungseinheiten grundsätzlich kritisch gegenüber stehe.

Alle verwaltungsinternen Maßnahmen werden eng mit dem Personalrat abgestimmt. Deshalb danke ich dem Personalrat mit seinem Vorsitzenden Kai-Uwe Gaida an der Spitze für den unermüdlichen Einsatz, der erforderlich ist, um die Interessen der Beschäftigten in diesen schwierigen Zeiten zu vertreten. Und ich danke für die außerordentlich konstruktive und vertrauensvolle Zusammenarbeit, die es aber auch zulässt, dass Meinungsverschiedenheiten oder unterschiedliche Positionen aus dem jeweiligen Rollenverständnis heraus in die Öffentlichkeit getragen werden.

Ich bringe ein hohes Maß an Verständnis dafür auf, dass die Personal- und Betriebsräte im „Konzern Stadt“ ein großes Interesse daran haben, Beschäftigungssicherung vertraglich abzusichern. Die politischen Absichtserklärungen im alten „Bündnis für Arbeit“ scheinen nicht mehr zukunftsfähig zu sein, die Weiterentwicklung im neuen, von VerDi und anderen erarbeiteten Papier „Konsens für gute Arbeit“ scheint eine zukunftsfähige Basis werden zu können. Über dieses Thema werden wir im Rat in einer der nächsten Sitzungen debattieren müssen.

Deutliche Worte möchte ich an diejenigen richten, die nicht müde werden, von außen mit dem Finger auf den Personalkörper zu zeigen und die Forderung formulieren, doch endlich einen drastischen Stellenabbau vorzunehmen. Und dann noch die Erwartung hinterher schieben, dass der Haushalt damit konsolidiert wäre. Dass das nicht stimmt, wissen wir. Meine persönliche Erfahrung, die ich im Laufe meiner ersten rund sechs Monate im Amt - insbesondere bei meinen „Antrittsbesuchen“ durch die Fachbereiche - gesammelt habe, zeigt mir, dass ich es mit einer sehr gut organisierten Verwaltung zu tun habe. Sie lebt vor allem durch engagierte und qualifizierte Mitarbeiter, die Ihre Arbeit für die Bürgerinnen und

**„Wer nichts verändern will, wird auch das verlieren, was er bewahren möchte.“**

(Gustav Heinemann)

**Rede des Oberbürgermeisters Reinhard Paß anlässlich der Einbringung des Haushaltes 2010/2011**

28. April 2010

---

Bürger gerne leisten. Als Oberbürgermeister, der sein bisheriges Berufsleben nicht in der öffentlichen Verwaltung geleistet hat, ist das eine schöne Erfahrung.

Wir müssen uns aber darüber im Klaren sein, dass wir das heutige Dienstleistungsangebot bei deutlich sinkender Beschäftigtenzahl in diesem Umfang nicht erhalten können. Es wird zu einer bedarfsgerechten Anpassung des kommunalen Angebotes kommen. Wir werden künftig Leistungen der kommunalen Daseinsvorsorge für die 580.000 Menschen in dieser Stadt anbieten. Künftig soll uns niemand, auch nicht die Bezirksregierung, vorwerfen können, dass wir über unsere Verhältnisse leben.

Meine Damen und Herren, der Top-Down-Prozess der Haushaltsaufstellung, hat hin und wieder zu Kritik geführt. Kritik kam auch aus ihren Reihen der Politik. Das ist Ihr gutes Recht und auch völlig in Ordnung! Aber ich erlaube mir eine Anmerkung: Jeder, der diesen Prozess der Haushaltsaufstellung als „führungslos“ bezeichnet, Schwerpunktsetzungen fordert oder Äußerungen der Stadtspitze in die Nähe von Demagogie rückt oder sich wegen der Haushaltskonsolidierung gar an die Endzeit der Weimarer Republik erinnert fühlt, zeigt mir, dass er weder den Prozess verstanden hat noch dass er verstanden hat, in welcher prekären finanziellen Situation wir stecken. Im Ruhrgebiet sagen wir, der hat den Knall noch nicht gehört!

Lassen sie mich mit einem Bild auf diese Kritik antworten: Jeder, der sich so äußert, hat nicht verstanden, dass es bei diesem Prozess quasi darum geht, einen Dampfer, der auf einen Eisberg zusteuert, aus voller Fahrt zu stoppen. So ein Manöver funktioniert nur, wenn es auf der Brücke – also im Verwaltungsvorstand - klare Führungsstrukturen gibt. Und der manchmal geäußerte Vorwurf mangelnder Schwerpunktsetzung, also um im Bild zu bleiben, der Vorwurf eines unklaren Kurses, zeigt mir nur die allgemeine Hilflosigkeit im Umgang mit dem Problem.

Bei einem solchen Manöver konzentriert sich alles zunächst darauf, den Super-GAU zu verhindern, anstatt einen fernen Kurs zu steuern. Jedes Ziel tritt doch bei einem drohenden Unfall zunächst in den Hintergrund. Denn eine Kollision des Schiffes mit dem Eisberg führt in den meisten Fällen zum Untergang. Ziel und Kurs sind dann irrelevant. Nur, wenn die Kollision verhindert wird, hat der Dampfer überhaupt noch die Möglichkeit, die Perspektive, ein Ziel, einen Hafen anzusteuern.

Also. Lassen sie uns zunächst einmal den Dampfer mit dem Namen „Haushaltsaufstellung“ am Eisberg, genannt „Überschuldung“, vorbei manövrieren, und dann geht es weiter. Vielleicht hilft dieses Bild den Kritikern beim Verständnis dieses Prozesses.

Meine Damen und Herren, vor dem Hintergrund des demographischen Wandels in unserer Stadt benötigen wir dringend Perspektiven – das berühmte Licht am Ende des Tunnels. Das Gesicht unserer Stadt wird sich in den nächsten Jahren immer mehr wandeln – die allgemeine Umschreibung dieser Entwicklung heißt: „Wir werden immer weniger, älter und bunter“ – und auf diese Entwicklung müssen wir reagieren können, und zwar durch eigene Entscheidungen und nicht durch Entscheidungen der Aufsichtsbehörde.

**„Wer nichts verändern will, wird auch das verlieren, was er bewahren möchte.“**

(Gustav Heinemann)

**Rede des Oberbürgermeisters Reinhard Paß anlässlich der Einbringung des Haushaltes 2010/2011**

28. April 2010

---

Zunächst meine feste Überzeugung: Wir brauchen einen Willen zur Veränderung – in der Politik, in der Verwaltung, bei der heimischen Wirtschaft und auch in weiten Teilen der Stadtgesellschaft. Denn – und an dieser Stelle möchte ich noch einmal unseren ehemaligen Oberbürgermeister und Bundespräsidenten Gustav Heinemann zitieren - **„Wer nichts verändern will, wird auch das verlieren, was er bewahren möchte.“**

Darüber hinaus brauchen wir Visionen – wenn Sie mir noch ein Zitat gestatten: **„Wer keine Visionen hat, vermag weder große Hoffnungen zu erfüllen, noch große Vorhaben zu verwirklichen,“** hat der amerikanische Präsident Thomas Woodrow Wilson einmal gesagt – und dieser Auffassung schließe ich mich ausdrücklich an, wobei Visionen keine Träumereien sind, sondern nach Hermann Simon das gerade noch Machbare beschreiben.

Meine Damen und Herren, oft wird die Frage gestellt: “Was passiert nach 2010, nach dem Jahr der Kulturhauptstadt Europas mit Essen als Bannerträger, mit Essen als wesentlichem Akteur?“ Wenn dieses riesige Projekt Kulturhauptstadt wirken sollte - und ich gehe davon aus - dann haben wir nun den Imagewandel eingeleitet, haben die Zusammenarbeit in der Region gefördert, haben den „Wandel durch Kultur“ erneut angeregt, haben die Menschen zusammengebracht, ihnen Stolz auf das Erreichte vermittelt und einiges Wertvolle mehr erreicht.

Aber was ist nun danach, was ist nach 2010? Eine berechtigte Frage, auf die es mit Stand heute keine schlüssige Antwort gibt. Ich habe auch keine. Aber fest steht für mich: Die Antwort kann nicht die gleiche sein, wie zu Beginn der Bewerbung als Kulturhauptstadt. Die Antwort darf nicht „weiter so“ heißen. Wir müssen den Wandel durch Kultur ernst nehmen und die Kultur als Substrat für den laufenden, gravierenden industriellen Wandel in der Region und damit auch in unserer Stadt begreifen, auf dem Neues gedeihen muss.

An dieser Stelle möchte ich dem Initiativkreis Ruhr für die Auflage des Wettbewerbs „Innovation City“ danken, denn dieser Wettbewerb zeigt sehr gut eine solche Vision auf, die wir brauchen und die sich mit meinen Vorstellungen weitgehend deckt. In den Ausschreibungsunterlagen steht: **„Neben dem kulturellen Wandel ist auch ein tiefgreifender industrieller Wandel nötig und derzeit in vollem Gange. Getrieben wird dieser von innovativen Unternehmen, einer aktiven Wissenschaft und einer aufmerksamen Politik, die den notwendigen Rahmen bereitstellt. Nur in diesem Dreiklang können die Herausforderungen des Klimawandels .... gemeistert werden.“**

Das Ruhrgebiet und damit auch die Stadt Essen wurde immer wieder als Laboratorium für zukünftige Entwicklungen bezeichnet, sei es die Demografische Entwicklung der Bevölkerung, die Herausforderung der Integration, der Strukturwandel und einiges mehr, oft sind wir der allgemeinen Entwicklung voraus. Ich meine, der Gedanke des Laboratoriums gilt auch für die Bearbeitung aktueller neuer Fragen unsere Zukunft betreffend. Zum Beispiel: Wie organisiere ich eine Metropole unter Klima- und damit unter Energieeffizienzgesichtspunkten in allen Bereichen des täglichen Lebens.

Gerade in den Kommunen können Maßnahmen zur Minderung von Treibhausgasemissionen umgesetzt werden und wirken, beispielsweise durch eine entsprechende Wohnbebauung, die Nutzung von energieeffizienten Heizungsanlagen, elektrischen Haushaltsgeräten und

„Wer nichts verändern will, wird auch das verlieren, was er bewahren möchte.“

(Gustav Heinemann)

**Rede des Oberbürgermeisters Reinhard Paß anlässlich der Einbringung des Haushaltes 2010/2011**

28. April 2010

---

Beleuchtung, aber auch durch innovative Mobilitätskonzepte und die Nutzung von Energieeinsparpotentialen bei ansässigen Unternehmen. Auf diese Weise könnten wir die Lebensqualität der Menschen in unserer Stadt deutlich steigern und Essen gleichzeitig mit einem innovativen Image versehen, der heimischen Wirtschaft Impulse geben und im Nachgang und mit der Verstärkung der Kulturhauptstadt weit über die Grenzen unserer Region und unseres Landes hinaus wirken.

Die Chancen, die sich aus diesem Projekt für unsere Stadt ergeben, liegen auf der Hand: Es werden erhebliche Wachstumsimpulse ausgelöst, und die Lebensqualität wird durch ein attraktiveres Erscheinungsbild, durch neue und verbesserte Angebote und durch Maßnahmen zur Klimaverbesserung gesteigert.

Ich bin fest entschlossen, diese Chance für die Stadt zu ergreifen und freue mich über die eindeutigen Signale aus Politik, Wirtschaft und Wissenschaft. Auch ohne diesen Wettbewerb wären es die Ziele von Innovation City wert, sie in Essen zielstrebig weiter zu verfolgen. Denn die nachhaltige Nutzung der vorhandenen Ressourcen ist bereits heute eine große Herausforderung, der sich die Gesellschaft gerade in den Ballungsräumen aktuell und zukünftig noch stärker stellen müssen. Und die Potentiale in unserer Stadt sind dafür hervorragend: mit der Universität Duisburg-Essen und der Wirtschaft, mit ihrem Schwerpunkt in der Energiewirtschaft und effektiven Energienutzung mit ihrem leistungsfähigen Mittelstand und Handwerk. Für sie müssen wir in Essen besondere Wachstumsimpulse bieten. Erst am Montag durften wir erleben, wie ein sogenanntes PLUS-ENERGIEHAUS auf dem Burgplatz für sechs Wochen in Betrieb genommen wurde und dort demonstriert, dass es heute möglich ist, nicht nur Energie sparend, sondern Energie erzeugend zu wohnen.

Wo aber liegen nun, abgesehen von Innovation City, die Perspektiven unserer Stadt vor dem Hintergrund der demografischen Entwicklung und der dramatischen finanziellen Lage? Wo werden wir in Zukunft Schwerpunkte setzen müssen, wo werden wir Entwicklungen anstoßen müssen, die beiden Herausforderungen gerecht werden?

Unverzichtbar und das wichtigste Handlungsfeld ist nach wie vor der **Bildungsbereich**:

Gelingende Bildungsbiographien sind die beste Grundlage für gute Chancen junger Menschen und zwar unabhängig von ihrer Herkunft. Sie verbessern die Chance auf Arbeit und tragen zu einer gelungenen Integration junger Menschen in die Stadtgesellschaft bei. Gerade unsere Schulen leisten eine großartige Integrationsleistung. Aus den Kleinen von heute werden in wenigen Jahren junge Erwachsene geworden sein, die in unserer Stadt leben werden, die hier arbeiten sollen und unsere Gesellschaft als aktive Mitglieder gestalten sollen.

Und auch die Essener Industrie, der Handel, das Handwerk und andere Dienstleistungsunternehmen sind angewiesen auf gute Fachkräfte, auf bestens vorbereitete und ausgebildete Frauen und Männer, die den Erfolg von Unternehmen ausmachen. Funktionierende und erfolgreiche Unternehmen wiederum sind Grundlage für Investitionen und für die Schaffung von Arbeitsplätzen. Bildung ist der Schlüssel dazu, dass dies gelingen kann.

**„Wer nichts verändern will, wird auch das verlieren, was er bewahren möchte.“**

(Gustav Heinemann)

**Rede des Oberbürgermeisters Reinhard Paß anlässlich der Einbringung des Haushaltes 2010/2011**

28. April 2010

---

Und Bildung beginnt bei den ganz Kleinen: Der Ausbau der frühkindlichen Bildungs- und Betreuungsplätze muss sichergestellt werden. Er ist unverzichtbarer Bestandteil einer präventiven, modernen und offensiven Familienpolitik für die Vereinbarkeit von Familie und Beruf, aber auch der systematische Beginn einer gelingenden Bildungsbiografie. Dabei müssen wir zuallererst den Rechtsanspruch für die Dreijährigen bis zur Schulpflicht sichern. Und für den Ausbau der Betreuung für Unter-Dreijährige werden wir für das kommende Kindergartenjahr 9 Millionen Euro in die Bereitstellung zusätzlicher Plätze investieren. Wir werden also in diesem Bereich deutlich mehr als bisher investieren, wenn es im Moment auch nicht so viel sein kann, wie wir es uns alle wünschen und wie es unter normalen Umständen auch sein müsste. Aber insbesondere in diesem Bereich fehlt uns die Unterstützung des Bundes und des Landes schmerzlich. Sie haben den Rechtsanspruch für die Unter-Dreijährigen Kinder gesetzlich fest- und sich selbst politisch auf die Fahnen geschrieben, lassen die Kommunen nun aber mit der Finanzierung der notwendigen Betriebskosten im Regen stehen. Ich finde das – gelinde gesagt – eine Unverschämtheit.

In einigen Bereichen der Essener Bildungsstruktur werden wir auch organisatorische Veränderungen vornehmen – auch mit Mitteln aus dem Bundesprogramm „Lernen vor Ort“ – um alle Bildungsangebote besser aufeinander abzustimmen und miteinander zu verzahnen. Der Aus- oder besser Aufbau eines umfassenden Bildungsmonitoring, die Optimierung der Familienbildung und Elternarbeit sowie die Verbesserung der Übergänge zwischen den Bildungsphasen sind hier einige Stichworte.

Gleichzeitig werden wir die Schulinfrastruktur an die perspektivisch sinkenden Schülerzahlen und die sich verändernden Lernformen anpassen müssen. Dabei werden das pädagogische Konzept und die Lehrkörperkapazitäten im Vordergrund stehen. Berücksichtigt werden muss aber auch, dass zum Schuljahr 1997/ 1998 an unseren Grundschulen noch rund 6.300 Erstklässler angemeldet wurden, während es zum Schuljahr 2015/ 2016 nach derzeitiger Prognose nur noch etwa 4.400 sein werden. Diese Entwicklung zeigt uns mehr als deutlich, dass Anpassungen unserer Schulinfrastruktur dringend geboten sind. Wir werden einige Grundschulen in den nächsten Jahren schließen müssen. Ich halte es aber für wichtig, dass wir die öffentliche Diskussion, die es in den nächsten Wochen sicher geben wird und die ja zum Teil auch bereits begonnen hat, nicht auf die Aufgabe einzelner Schulstandorte reduzieren, sondern den Blick auf den gesamten Zusammenhang richten.

Die Offene Ganztagsgrundschule [OGS] wird auf der Grundlage der bisherigen Erfahrungen, und aufgrund des nach wie vor leicht steigenden Bedarfs der Eltern weiterentwickelt. Dabei stehe ich zu unserem Grundsatz, dass „Ungleiches auch ungleich behandelt werden muss“. Das bedeutet, dass wir genau die Kinder und damit die Grundschulen mehr unterstützen müssen, die ein Mehr an Unterstützung benötigen, damit ihre Bildungsbiografie keine vorzeitigen Brüche erfährt. Deshalb werden wir aus den uns zur Verfügung stehenden kommunalen Mitteln von 4,5 Millionen Euro keine Konsolidierungsbeiträge abziehen. Gleichwohl werden wir die Strukturen so anpassen, dass noch mehr Qualität dort entsteht, wo wir sie dringend brauchen.

Wir wollen zum Schuljahr 2011/ 2012 einen gemeinsamen Qualitätsstandard für alle Grundschulen der Ganztagsbetreuung in Essen entwickeln. Dort, wo wir mehr Ressourcen

**„Wer nichts verändern will, wird auch das verlieren, was er bewahren möchte.“**

(Gustav Heinemann)

**Rede des Oberbürgermeisters Reinhard Paß anlässlich der Einbringung des Haushaltes 2010/2011**

28. April 2010

---

etwa für die zusätzliche Förderung von Kindern, für zusätzliche Elternbildung für mehr elterliche Bildungskompetenz oder für mehr Gesundheitserziehung benötigen, werden wir auch mehr Ressourcen aus dem zur Verfügung stehenden Budget einsetzen.

Aber nicht nur in der Schule sondern auch in ihrer Freizeit lernen junge Menschen, sich im Leben und in der Gesellschaft zurechtzufinden. Dazu trägt auch die Jugendarbeit in erheblichem Maße bei. Allerdings müssen wir aus meiner Sicht überlegen, ob die bisherige Konzeption zielgenau ausgerichtet ist. Ich könnte mir vorstellen, dass wir diese Konzeption noch einmal überdenken mit dem Ergebnis, dass die Jugendarbeit enger an den Schulbereich angekoppelt wird. Damit würden wir nach meiner Einschätzung deutlich mehr Jugendliche erreichen und verbindlicher ansprechen können, als es bisher passiert.

Der Essener Sport leistet traditionell einen gewichtigen Beitrag nicht nur zur Freizeitgestaltung Essener Kinder und Jugendlicher. Im Gegensatz zu anderen Bereichen, wo in den letzten Jahren trotz dramatischer Haushaltslage relativ noch draufgesattelt worden ist, hat der Essener Sport seit jeher massive Einsparungen verkraften müssen. Die Vereine haben über den ESPO in den letzten Jahren bereits aktiv an Lösungen zur Haushaltskonsolidierung mitgearbeitet. Trotz der gesamtgesellschaftlichen Bedeutung des Sports sind der in der Vergangenheit bereits Einsparleistungen erbracht worden, die zu deutlichen Einschnitten geführt haben. Die Verantwortlichen im Sportbereich waren sich stets ihrer gesamtpolitischen Verantwortung bewusst, haben sich der Spardiskussion gestellt und sie aktiv begleitet. Ich hätte mir gewünscht, dass auch die Akteure anderer Bereiche sich so verantwortungsbewusst zeigen.

Das zweite zentrale Themenfeld, dem wir höchste Priorität einräumen sollten, ist für mich der gesamte Bereich **Arbeit und Beschäftigung**. Natürlich haben die Kommunen hier keine so genannten Kernkompetenzen. Aber eine Stadt kommt nur dann voran, wenn es wirtschaftliche Prosperität gibt. Und ich sage hier deutlich: Wir können Rahmenbedingungen in unserer Stadt beeinflussen und das sollten wir auch tun: Das geschieht beispielsweise durch eine aktive Wirtschaftspolitik. Wir werden im Laufe des Jahres die EWG neu ausrichten, dabei Parallelstrukturen bereinigen und neben der Flächenentwicklung mehr für die kleine und mittelständische Wirtschaft leisten müssen.

Gleichzeitig werden wir zukünftig ein klareres Standortprofil brauchen. Sie kennen die verschiedenen Marken der Stadt Essen, die nebeneinander existieren, aber nicht wahrgenommen werden: „Einkaufstadt“, „Gesundheitsstandort“, „IT-Metropole“, und „Energiehauptstadt“ und neuerdings Kulturhauptstadt. Um uns im Wettbewerb mit anderen Kommunen behaupten zu können, sollten wir uns auf eine Marke fokussieren, ohne die anderen zu vergessen.

Ich bin außerdem davon überzeugt, dass auch der Konzern Stadt als einer der größten Arbeitgeber in unserer Stadt seiner Verantwortung gerecht werden muss. Wir müssen weiter ausbilden – zum einen, um eigenen Nachwuchs zu rekrutieren, zum anderen, um junge Menschen für den Essener Arbeitsmarkt auszubilden. Denn gerade weil die Zahl der Beschäftigten in den nächsten Jahren abnehmen wird und Aufgaben konzentriert werden, brauchen wir verstärkt hervorragend ausgebildeten Nachwuchs für die Verwaltung.

**„Wer nichts verändern will, wird auch das verlieren, was er bewahren möchte.“**

(Gustav Heinemann)

**Rede des Oberbürgermeisters Reinhard Paß anlässlich der Einbringung des Haushaltes 2010/2011**

28. April 2010

---

Allerdings habe ich meine Zweifel, ob wir Fachkräfte und Beamte ausschließlich für einen schrumpfenden Arbeitsmarkt ausbilden sollten oder ob wir die Ausbildung im Verwaltungsbereich nicht in Richtung kaufmännische Berufe öffnen sollten – beispielsweise mit einem kombinierten IHK-Abschluss. Das würde nicht nur der Verwaltung zusätzliches Know-How bescheren, sondern auch eine zusätzliche Perspektive für die jungen Menschen und den Essener Arbeitsmarkt bieten. Die Ausbildung bei der Stadt ist nach wie vor hervorragend und wird bei den Essener Unternehmen auch so wahrgenommen.

Wir werden uns auch der Frage stellen, ob wir arbeitsmarktpolitischen Aufgaben unserer „Arbeitsgemeinschaft Jobcenter“ nicht besser in der Organisation einer Optionskommune leisten können. Nicht zuletzt müssen wir die hervorragende Arbeit der EABG-Firmengruppe sichern und weiterführen, um auch langzeitarbeitslose Menschen über eine zeitlich befristete Beschäftigung im so genannten zweiten Arbeitsmarkt weiterzuqualifizieren und sie wieder an den ersten Arbeitsmarkt heranzuführen.

Nach Beendigung eines Abwägungsprozesses zwischen ARGE und Optionskommune in dem selbstverständlich die Beteiligten einbezogen werden, wird die Verwaltung eine Entscheidungsvorlage für den Rat vorbereiten. Natürlich unter der Voraussetzung einer entsprechenden Gesetzesänderung.

Die dritte große Herausforderung wird die Integration verschiedenster Bevölkerungsgruppen in die Stadtgesellschaft sein. In unserer Stadt leben über 120.000 Bürgerinnen und Bürger mit einer Zuwanderungsgeschichte. Viele von ihnen betrachten wir längst als integriert. Sie haben die soziale und kulturelle Vielfalt unserer Stadt geprägt.

Die Aufgabe der Zukunft ist es, unter den demographischen, wirtschaftlichen und gesellschaftspolitischen Aspekten die Chancen dieser Vielfalt zu nutzen. Wir werden es uns zukünftig nicht leisten können, Talente außen vor zu lassen. Wir brauchen für das friedliche Zusammenleben in unserer Stadt eine neue gemeinsame Willkommenskultur, die von gegenseitiger Anerkennung jedes Menschen ausgeht und dabei die Stärken und Potentiale des anderen in den Blick nimmt. Ich bin sicher, wenn wir den Fokus darauf legen, werden wir viel mehr Gemeinsamkeiten als Trennendes erkennen.

Meine Damen und Herren,

ich habe Ihnen nun einen kurzen Abriss gegeben über den Prozess der Haushaltsaufstellung, über einen Ansatz der Stadtentwicklung, sowie über die Schwerpunkte Arbeit/ Beschäftigung, Bildung und Integration. Vieles kann im Rahmen dieser Haushaltsrede nicht berücksichtigt werden. Dennoch werden einige von Ihnen fragen: „Wie soll das alles vor dem Hintergrund immer neuer Sparzwänge erreicht werden?“

Es klingt paradox: Nur energische Konsolidierung sichert uns die Möglichkeit der zukünftigen Gestaltung unserer Stadt.

Wir werden uns von Dienstleistungen und Einrichtungen trennen müssen, die uns zwar lieb, aber auch teuer sind, und die die Menschen in unserer Stadt nicht zwingend benötigen. Nur wenn wir uns an verschiedenen Stellen von Infrastruktur und Aufgaben und den damit

**„Wer nichts verändern will, wird auch das verlieren, was er bewahren möchte.“**

(Gustav Heinemann)

**Rede des Oberbürgermeisters Reinhard Paß anlässlich der Einbringung des Haushaltes 2010/2011**

28. April 2010

---

verbundenen Kosten trennen, werden wir andere – existenzielle - Bereiche retten und zukunftsfähig aufstellen können. Nur wenn wir sparen, ergibt sich überhaupt die Möglichkeit, an anderer Stelle Perspektiven zu eröffnen. Insofern war der Grundgedanke des Masterplans Sport, der ein Reinvestment durch Rückbau vorsah, durchaus richtig – auch wenn er aus meiner persönlichen Sicht im Detail eher problematisch war. Um das auch deutlich zu sagen, auch so etwas wäre uns als Leitfadenkommune nicht mehr möglich, weil wir dann alle Erlöse zur Schuldentilgung einsetzen müssten.

Liebe Mitglieder des Rates, ich weiß sehr gut, dass der vor uns liegende Prozess der Haushaltskonsolidierung und die damit verbundenen Diskussionen schmerzhaft sind und für uns alle nicht leicht werden. Aber die Menschen haben uns als ihre politischen Vertreter in den Rat ihrer Stadt gewählt, damit wir die Verantwortung für Essen übernehmen. Sie erwarten zu Recht, dass wir uns dieser Verantwortung stellen und ihr auch gerecht werden.

Meine Damen und Herren, darüber hinaus bin ich der Auffassung, dass uns einige Werkzeuge zur Verfügung stehen, die wir in der Vergangenheit aber noch nicht ausreichend genutzt haben.

Allen voran ist hier die interkommunale Zusammenarbeit zu nennen. Hier gibt es zwar erste Kooperationsbemühungen auf einzelnen eher kleinteiligen Feldern. Oft war die Bereitschaft zur Zusammenarbeit – nicht nur hier bei uns – nicht mehr als ein Lippenbekenntnis. Das wird sich ändern, das wird sich ändern müssen. Denn nicht nur wir in Essen haben massive finanzielle Probleme, den umliegenden Kommunen geht es nicht besser, zum Teil sogar noch schlechter. Deshalb müssen wir ausloten, welche großen Felder im Backoffice für Kooperationen infrage kommen, wo sich dann auch deutliche Einsparpotenziale ergeben, ohne dass die Bürgerinnen und Bürger einen Verlust von Infrastruktur oder ein nicht mehr vorhandenes Dienstleistungsangebot hinnehmen müssen. Ich bin in Gesprächen mit mehreren Oberbürgermeistern und habe eine große Bereitschaft zur Zusammenarbeit feststellen können. Aber eines muss an dieser Stelle auch einmal deutlich gesagt werden: Es kann bei dieser Diskussion nicht darum gehen, wieder neue Strukturen zu schaffen, die wiederum Teile der erreichbaren Synergie verschlingen würden.

Meine Damen und Herren, es ist wichtig, und das ist ebenfalls unser aller Aufgabe als Mitglieder des Rates, dass wir mit den Menschen in unserer Stadt über die Probleme reden, dass wir sie informieren, ihre Meinung hören und in unsere Diskussionen hier einbeziehen. Deshalb werden wir den Essenerinnen und Essenern ab morgen erstmals die Möglichkeit bieten, sich aktiv an der Diskussion um Einsparmöglichkeiten zu beteiligen. Über die Internetplattform [www.essen-kriegt-die-kurve.de](http://www.essen-kriegt-die-kurve.de) können sie die Einsparvorschläge der Verwaltung bewerten, kommentieren und eigene Vorschläge unterbreiten. Das wird uns aber nicht von der Aufgabe befreien, vor Ort immer wieder deutlich zu machen, dass die Alternative zum Sparen – nämlich die Überschuldung und die damit verbundenen Restriktionen der Bezirksregierung – ungleich dramatischere Folgen für Essen hätte.

Meine Damen und Herren, lassen Sie mich abschließend noch über ein wichtiges und aktuell diskutiertes Projekt einige Worte verlieren.

**„Wer nichts verändern will, wird auch das verlieren, was er bewahren möchte.“**

(Gustav Heinemann)

**Rede des Oberbürgermeisters Reinhard Paß anlässlich der Einbringung des Haushaltes 2010/2011**

28. April 2010

---

Ich stehe nach wie vor zu meiner Aussage, dass zur Infrastruktur einer Großstadt wie Essen ein Fußballstadion gehören muss. Nun kommt mein Aber: Zurzeit erscheint es mir unwahrscheinlich, dass der Verein Rot-Weiss-Essen die Bedingungen erfüllen kann, die für ein neues Stadion zwingend sind. In der Vergangenheit – als sowohl die finanziellen Rahmenbedingungen der Stadt als auch die sportliche und finanzielle Situation des Vereins sehr viel besser waren als heute – haben die Verantwortlichen in Verein und Stadt es nicht geschafft, das Projekt in trockene Tücher zu packen. Heute spielt der Verein in der vierten Liga, hat im Vergleich zu den Vorjahren maßgebliche Sponsoren fast nur noch aus dem öffentlichen Umfeld und daher massive finanzielle Probleme. Nach meinen Informationen fehlen dem Verein aktuell noch rund 2 Millionen Euro. Maßgebliche weitere Sponsoren sind nicht in Sicht und aus der öffentlichen Hand kann und darf dieses Finanzloch nicht gedeckt werden. Dem Konzern Stadt selbst fehlt an vielen Stellen das Geld für dringend notwendige Maßnahmen und deshalb werde ich es nicht zulassen, dass über das bisher zugesagte Maß hinaus städtische Gelder an den Verein fließen, der seit Jahren deutlich über seinen Verhältnissen lebt und deutlich teurer agiert als vergleichbare Vereine. Mir ist klar, dass diese Situation damit bedrohlich ist für die Lizenzerteilung der kommenden Liga, oder konkret, unter diesen Bedingungen gibt es keine Lizenz. Damit bricht aber auch die angedachte Finanzierung des Stadions zusammen. Dass die Verfügung der Bezirksregierung vom 22. Januar sich eindeutig ablehnend zum Bau eines Stadions äußert, kommt erschwerend hinzu.

Ich fordere die Verantwortlichen im Verein an dieser Stelle auf, endlich auch ihre Hausaufgaben zu machen, endlich wieder eine wirksame Sponsorenakquise zu betreiben und nicht länger selbstgefällig darauf zu setzen, dass es die Stadt auch dieses Mal wieder richten wird. Das wird sie nicht!

Liebe Mitglieder des Rates, liebe Kolleginnen und Kollegen, meine Damen und Herren,

der Haushaltsentwurf der Verwaltung liegt Ihnen nun vor. Wir werden ihn nun alle miteinander diskutieren, an der einen oder anderen Stelle verändern und darüber am 30. Juni mit den von Ihnen eingebrachten Änderungen entscheiden. Ich weiß, dass die Haushaltsberatungen bis dahin für uns alle sehr schwierig werden. Es wird sicher auch zu der einen oder anderen scharfen Diskussion oder Auseinandersetzung kommen können. Das alles darf uns jedoch aus meiner Sicht nicht davon abbringen, am Ende einen Kompromiss zu finden, den möglichst viele Mitglieder des Rates mittragen können, und der in der Summe dazu führt, dass wir die Überschuldung abwenden.

Wir sind es den Essenerinnen und Essenern, den Generationen vor uns und nach uns schuldig, dass wir unserer Verantwortung an dieser Stelle gerecht werden. Also lassen Sie uns diese Verantwortung annehmen und während der Beratungen konstruktiv nach Kompromissen suchen, halten Sie dabei die gemeinsame Sache im Blick und verlieren Sie sich nicht im parteipolitischen Gezänk. Wir brauchen einen Haushalt, der die Zukunft unserer Stadt im Blick hat.

Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.